

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 55 (1976)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Der Fall Reginald Prentice  
**Autor:** Brügel, J.W.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-339141>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 31.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

## Der Fall Reginald Prentice

Der ausserordentliche Fall des Ministers der Labourregierung, Reginald Prentice, dem sein Wahlkreis die Unterstützung entzogen hat, ist in der Tagespresse und den Massenmedien in den entscheidenden Punkten nicht richtig dargestellt worden. Angesichts der weit über den an sich wenig wichtigen Anlass hinausgehenden prinzipiellen Bedeutung der Sache scheint es angezeigt, den Tatbestand in einiger Ausführlichkeit zu schildern.

Reginald Prentice, der jetzt 52 Jahre alt ist und lange Funktionär des Transportarbeiterverbandes war, gehört dem Unterhaus als einer der mit Unterstützung seiner Gewerkschaft aufgestellten und gewählten Abgeordneten seit 18 Jahren an. Seine recht zahlreichen Gegner in der Partei möchten ihn als einen «Rechten» abtun, aber diese Charakterisierung hätte nicht einmal Berechtigung, wenn es tatsächlich ein sozialistisches Verbrechen sein sollte, in einer aus den verschiedenartigsten Strömungen zusammengesetzten und eine Koalition sehr divergierender Elemente darstellenden Partei dem rechten Flügel anzugehören. Der angeblich ultrarechte Prentice war in den Jahren der ersten Regierung Wilson ein Kritiker ihrer sich seiner Meinung nach zu sehr an Amerika anlehnnenden Vietnam-Politik und ist 1969 als Minister für Entwicklungshilfe aus Protest dagegen zurückgetreten, dass die Regierung seiner Meinung nach zu wenig für die Entwicklungsländer tat. Aus den gleichen Gründen, das heisst, weil er darin eine Benachteiligung der Entwicklungsländer sah, war er am Anfang ein Gegner des britischen Anschlusses an die EWG und hat 1971 mit der Fraktionsmehrheit gegen den Beitritt unter den damaligen Bedingungen gestimmt. In der Oppositionszeit von 1970 bis 1974 war er Arbeitsminister des Schattenkabinetts und hat in dieser Funktion so heftige Angriffe gegen die seiner Meinung nach unverantwortliche Haltung der führenden Gewerkschaftsfunktionäre Jack Jones (Generalsekretär von Prentice' eigenem Verband) und Hugh Scanlon (Metallarbeiter) geführt, dass es Wilson nicht geraten fand, ihn nach dem Wahlsieg vom Februar 1974 mit dem ihm eigentlich zustehenden Arbeitsministerium zu betrauen. Prentice wurde Schulminister und hat als solcher eine weit energischere Politik der Durchbrechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden als alle seine sozialistischen Amtsvorgänger in diesem Ressort geführt und sich damit die besondere Abneigung aller an den bisherigen Privilegien der Reichen festhaltenden Kreise zugezogen. Zugleich hat er sich aber den wütenden Hass aller sich «links» gebenden Elemente erworben, teils weil er die volle Einhaltung der Spielregeln des Rechtsstaates auch von Gewerkschaftern verlangte, teils weil er mit seiner neugewonnenen Überzeugung nicht hinter dem Berg hielt, dass Grossbritannien gerade im Interesse der

ihm besonders am Herzen liegenden Entwicklungsländer in der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel verbleiben und dort eine höchst aktive Rolle spielen müsse. Prentice ist kein Mann, der sich ein Blatt vor den Mund nimmt, und man muss nicht mit allem, was er sagt, so mit seiner Unterscheidung zwischen «Sozialdemokraten» (denen er sich zuzählt) und «Marxisten», einverstanden sein, aber man kann einem Ressortminister die Achtung vor seinem Mut nicht versagen, wenn er auf eine Kritik, die Wilson an ihm ausgesprochen hat, mit der Bemerkung reagiert, sie wäre unter dem Niveau des Premierministers gewesen.

Als es sich im Gefolge des Ausgangs des Referendums als unvermeidlich erwies, Anthony Wedgwood-Benn aus dem Industrieministerium in das weniger exponierte Energieministerium zu verpflanzen, sah sich Wilson genötigt, zum Ausgleich Prentice aus dem Schulministerium in das weniger bedeutsame Ministerium für Entwicklungshilfe zu versetzen, wiewohl die Rückkehr in dieses von Prentice einmal aufgegebene Amt in gewisser Beziehung einen Triumph für sein Verlangen nach mehr Entwicklungshilfe darstellt.

Sei dem wie immer, Prentice ist heute das «antirote Tuch» für alle, die sich an der Partei für ihre Niederlage im Referendumskampf rächen wollen. Der Versuch, ihn mundtot zu machen, kommt von einigen seiner Amtskollegen; aber sie wollten sich zur Durchsetzung ihres Ziels zunächst der Hilfe der Parteiorganisation des Wahlkreises bedienen, den Prentice im Unterhaus vertritt. Um diese Möglichkeit zu verstehen, muss man wissen, dass es proletarische Gegenden in Grossbritannien gibt, in denen seit Jahrzehnten niemand anderer als ein Labourkandidat in einen Gemeinderat oder ins Parlament gewählt werden kann, was die unangenehme Nebenfolge hat, dass in diesen Gebieten ein normales Parteileben fast vollkommen abstirbt. In Wales zum Beispiel wird die eigentliche Parteiarbeit meist vom Bergarbeiterverband geleistet, und die Parteiorganisation spielt nur eine Schattenrolle. Im East End von London hat kein nichtsozialistischer Kandidat seit 50 Jahren auch nur die geringste Aussicht, in irgendeine Körperschaft gewählt zu werden. Da die Labour Party sämtliche Gemeinderatsmandate in den Gemeinden der östlichen Vororte von London besetzt hält, sind die Partefunktionäre vollkommen mit der Kommunalarbeit beschäftigt und können sich der Partei selbst kaum widmen. Sie sind daher glücklich, wenn sich plötzlich irgendwelche junge Leute unbekannter Provenienz für die Parteiarbeit zur Verfügung stellen. Und so kommt es, dass Elemente ohne jede Parteitradition manche der Organisationen in die Hand bekommen. Reginald Prentice ist Abgeordneter des Ost-Londoner Wahlkreises Newham North-East und liegt seit langem mit der von unrepräsentativen Elementen beherrschten Parteiorganisation des Wahlkreises im Streit. Ein Antrag, ihn aufzufordern, sich bei den nächsten Wahlen nicht mehr als Kandidat für diesen Wahlkreis zur Verfügung zu stellen, da er nicht die von der Organisation verfochtenen

«sozialistischen Auffassungen» vertrete, ging zunächst in der engeren Exekutive der Organisation durch und sollte dann vom Vorstand (General Committee) der Wahlkreisorganisation behandelt werden, der aus den Vertretern der Grundorganisationen (Branches) sowie der der Partei auf lokaler Basis angeschlossenen Gewerkschaften zusammengesetzt ist. Unter den gegebenen Verhältnissen schien es höchst wahrscheinlich, dass ein solcher Antrag durchgehen würde, was weit mehr als bloss lokale Folgen haben müsste. Die Labour Party kann nur leben und ihre Politik betreiben, wenn sie so wie bisher eine Koalition von Vertretern der verschiedensten Anschaulungen bleibt. Dariüber hinaus ist ein Beschluss in dem angegebenen Sinne ein Schlag ins Gesicht der gesamten britischen Verfassungstradition. Bei dem System der Einer-Wahlkreise ist der einmal gewählte Parlamentarier der Vertreter der gesamten Wählerschaft des Wahlkreises, auch jener, die gegen ihn gestimmt haben. Auf keinen Fall darf aber ein britischer Abgeordneter unter den Druck irgendeiner Gruppe gestellt werden, seine politische Haltung deren Wünschen anzupassen. Prentice zum Beispiel, der ein vom Transportarbeiterverband vorgeschlagener und finanziell unterstützter Abgeordneter ist, liegt mit diesem Verband seit Jahren in Streit; aber dieser könnte es auch nicht einmal wagen, ihm die bisherige Unterstützung zu entziehen, weil das ein unzulässiger Druck auf einen frei gewählten Parlamentarier wäre. Natürlich hat die Wahlkreisorganisation das Recht, vor Neuwahlen einen andern als den bisherigen Kandidaten zu nominieren; im Falle Newham North-East liegt aber etwas anderes vor, nämlich der Versuch zur Beeinflussung der Haltung eines gewählten Abgeordneten während seiner Amtszeit und noch dazu eines Mitgliedes der Regierung. Unter diesen Umständen haben 190 Labour-abgeordnete, mehr als die Hälfte der Fraktion, und darunter viele, die Auffassungen vertreten, die denen von Prentice diametral entgegengesetzt sind, den ausserordentlichen Schritt getan, einen Appell an die betreffende Wahlkreisorganisation zu richten, den ihr gestellten Antrag abzulehnen. Hingegen haben zwei Parteivorstandsmitglieder, die der linken «Tribune»-Gruppe angehören, in einem Brief an die «Times» gegen Prentice Stellung genommen. Da der Parteivorstand Appellinstanz gegen Beschlüsse der Wahlkreisorganisation ist, hat sich hier der im Bereich der englischen Fairness und Toleranz einmalige Fall ergeben, dass Menschen, die sich zumindest den Anschein zu geben haben, vorurteilslos zu entscheiden, sich in einer Angelegenheit, die noch gar nicht an sie gelangt war, festgelegt hatten. Daraufhin fühlte sich der Schatzkanzler Denis Healey, gleichfalls Mitglied des Parteivorstandes, nicht mehr zur Zurückhaltung gebunden und richtete einen öffentlichen Appell zugunsten von Prentice der Form nach an die Wahlkreisorganisation, in Wirklichkeit aber an die ganze Partei. Schliesslich ging Harold Wilson aus seiner in solchen Fällen üblichen Zurückhaltung heraus und stellte sich mit seiner ganzen persönlichen Autorität hinter Prentice mit der unmissverständlichen Bemerkung:

«Ich werde es als meine Pflicht betrachten, die ganze Frage von Aktionen kleiner und sicherlich nicht repräsentativer Gruppen aufzuwerfen, die sich innerhalb einer Wahlkreispartei Einfluss zu sichern verstanden.»

Nichtsdestoweniger oder vielleicht gerade deshalb, weil die «Machthaber» in Newham North-East beweisen wollten, dass sie sich auch vom Regierungschef nicht imponieren lassen, ist die Abstimmung im Vorstand der Wahlkreisorganisation mit 29 gegen 19 Stimmen zuungunsten von Prentice ausgegangen. Dieser hätte nun entweder die Möglichkeit, sich einen andern Wahlkreis zu suchen oder aber das Mandat sofort niederzulegen und sich zur Wiederwahl als unabhängiger Labour-Kandidat zu stellen, welchen Wahlgang er mit einer riesigen Mehrheit in einem Wahlkreis, bei dem er bei der Bevölkerung höchst beliebt ist, gewinnen müsste. Er hat aber solche Gedanken sofort von sich gewiesen und erklärt, er werde seinen Kampf für die demokratischen Werte fortsetzen, denen die Labour Party in ihrer Gesamtheit verpflichtet sei: «Ich wurde von der Bevölkerung hier gewählt, um dieses Gebiet im Parlament zu vertreten, und ich werde diese Tätigkeit mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln weiterführen.»

Gegen die Entscheidung der Wahlkreisorganisation steht Prentice die Berufung an den Parteivorstand offen, der sich mit ihm im September beschäftigen wird, und von dort die weitere Berufung an den Parteitag, der in Blackpool Ende September zusammentritt. Aber die Rechte des Parteivorstandes in derlei Fragen sind nicht eindeutig formuliert. Es ist nirgends gesagt, ob er die Entscheidung der Wahlkreisorganisation aus politischen Gründen umstossen oder nur aufheben kann, falls Formfehler unterlaufen sind, was bisher von keiner Seite behauptet worden ist.

Die Erfahrungen mit einem früheren Fall deuten darauf hin, dass die Gegner von Prentice im Parteivorstand sich an den Mangel von Nachweisen an Formfehlern klammern werden. Nach der Parlamentsabstimmung vom 28. Oktober 1971, bei der 69 Labour-Abgeordnete entgegen dem Fraktionsbeschluss für den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft unter den damals verhandelten Bedingungen stimmten (und 20 weitere sich der Abstimmung enthielten), ist ein seit langem latenter Konflikt zwischen der Wahlkreisorganisation von Lincoln und ihrem damaligen Abgeordneten Richard Taverne, einem der 69, zum offenen Ausbruch gekommen. Eine dreigliedrige Untersuchungskommission des Parteivorstandes hat einstimmig festgestellt, dass der Beschluss der Wahlkreisorganisation, Taverne das Vertrauen zu entziehen, nicht regulär zustande gekommen war (einige angeschlossene Organisationen waren nicht eingeladen worden). Trotzdem hat der Parteivorstand bei Stimmengleichheit durch die Stimme des damaligen Vorsitzenden Wedgwood-Benn aus rein politischen Motiven gegen Taverne entschieden. Taverne hat sich an der Partei blutig gerächt, sein Mandat zurückgelegt, sich zur sofortigen Neuwahl als unabhängiger Labour-Kandidat gestellt und den von der offi-

ziellen Wahlkreisorganisation aufgestellten Kandidaten mit riesiger Mehrheit im April 1973 besiegt. Nach dieser Blamage hat keine andere Wahlkreisorganisation, die mit dem Votum ihres Abgeordneten in der Europafrage nicht einverstanden war, es mehr gewagt, ihm (oder ihr) die Art von Schwierigkeiten zu bereiten, mit denen im Falle Taverne Schiffbruch erlitten worden war. (Taverne, der die Wahl im Februar 1974 nochmals gewonnen, aber im Oktober des gleichen Jahres verloren hat, braucht uns, da er inzwischen auch formell aus der Labour Party ausgetreten ist, weiter nicht zu interessieren.)

Wie der Streit zwischen Prentice und seiner Wahlkreisorganisation, die in Wirklichkeit nur von Funktionären einer höheren Kategorie vorgeschnickt worden war, ausgehen wird, lässt sich im Augenblicke nicht sagen. Aber es ist keine Übertreibung, wenn man feststellt, dass dieser Ausgang die ganze Zukunft der demokratisch-sozialistischen Bewegung in Grossbritannien entscheidend mitbestimmen wird.

### **Nachwort**

Seit diese Zeilen zu Papier gebracht worden sind, hat der Parteivorstand der Labour Party (nach dem letzten Parteitag) die Beschwerde von Prentice gegen die Leitung der Wahlkreisorganisation mit der Begründung zurückgewiesen, dass dieser kein statutenwidriges Verhalten nachgewiesen werden könne. Prentice setzt jetzt seine Hoffnungen darauf, dass aus den Neuwahlen in die lokalen Parteiorgane für das Jahr 1976 eine anders zusammengesetzte Führung der Wahlkreisorganisation hervorgehen werde, die den gegen ihn gerichteten Beschluss von 1975 umstossen würde.

J. W. Brügel